

## Geschichte Regierungsbeteiligung SP

In der Geschichte der SP wurde die Frage der Regierungsbeteiligung immer wieder intensiv diskutiert. Im internationalen Vergleich sollte die Frage jedoch erst relativ spät auf den Tisch kommen. Ab 1923/24 war die Bundesratsbeteiligung weniger eine Grundsatz- als vielmehr eine Taktikfrage. 1929 wurde einer Bundesratsbeteiligung der SP wieder Raum geschaffen, trat doch ein FDP-Bundesrat zurück und sprach sich der Parteitag seiner Partei gegen einen eigenen Kandidaten aus und wollte einem Sozialdemokraten den Vortritt gewähren. In der SP wurde daraufhin eine interne Debatte um die Regierungsbeteiligung lanciert. Schlussendlich wurde ein SP-Kandidat aufgestellt, dieser wurde jedoch von der Bundesversammlung nicht gewählt und das ganze entpuppte sich als Manöver der Bürgerlichen. Die SP stellte weiterhin bei jedem vakanten Sitz einen Kandidaten.

Mit dem Sieg in Stalingrad 1943 und dem Aufschwung der ArbeiterInnenbewegung international, aber auch in der Schweiz, drehte sich der Wind und Ernst Nobs wurde im Dezember des gleichen Jahres zum ersten Bundesrat der SP gewählt. Nobs, der während seiner Jugend durch seine parteiinterne linke Ausrichtung bekannt war, gehörte zu diesem Zeitpunkt den sehr gemässigten Sozialdemokraten an. Das dem Amtsjüngsten zugeteilte Finanzdepartement, das mit bürgerlichen Vorstehern besetzt war, brachte Nobs keinen Spielraum, eine wirkliche sozialdemokratische Politik im Bundesrat umzusetzen.

1951 ersetzte ihn Max Weber, ein offener Vertreter des rechten Randes der Partei. Dieser trat 1955, mit der Geschäftsleitung der Partei nicht koordiniert zurück, da seine Finanzvorlage keine Mehrheit im Volk fand. Die SP fand sich unvorbereitet in der Opposition und konnte keine offensive politische Praxis entwickeln.

1959 trat die SP mit 2 Kandidaten an, wovon nur einer gewählt wurde (Willy Spühler). Anstatt dem linken Walther Bringolf wählten die Bürgerlichen einen ihnen genehmeren Kandidaten.

Von nun an wurden immer wieder andere SPler als der/die offizielle/r SP-Kandidat/in gewählt. 1983, als Lilian Uchtenhagen, erste Bundesratskandidatin der Geschichte, nicht gewählt wurde, führte dies zum ersten Mal seit 1959 zu öffentlichen Diskussionen um einen möglichen Gang in die Opposition, wurde jedoch an einem Parteitag verworfen. Das bürgerliche Diktat betreffend SP-BundesrätInnen trat immer wieder zutage, so auch 1993 als Christiane Brunner nicht gewählt wurde.

Hatten die Sozialdemokraten 1929 noch die Bedingung aufgestellt, dass jegliche Bedingungen der Bürgerlichen an einen SP-Bundesratskandidat abzulehnen seien, weichte sich dies im Verlauf der Geschichte stark auf. So scheint es heute die Parteipraxis zu werden, jeweils zwei KandidatInnen aufzustellen. Eine/n Linke/n um die Parteibasis zu besänftigen und eine/n Rechte/n, um es den Bürgerlichen recht zu machen. Diese suchten seit jeher die SP-Bundesräte aus.

Der Funke, Nr. 17, September 2011.

Funke, Der > Regierungsbeteiligung. September 2011.doc.